

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 16/3 (1989)

DOI: 10.11588/fr.1989.3.53657

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Marc ABÉLÈS (Hg.), *L'Etat en perspective*, Paris (Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales) 1986, 350 S. (Etudes Rurales, Revue publiée par le Laboratoire d'Anthropologie Sociale, 101–102).

Jede Reform des politisch-administrativen Systems in Frankreich im 19. und 20. Jh. hat eine Welle von Publikationen unterschiedlichster Art, darunter auch Abhandlungen mit wissenschaftlichem Anspruch, hervorgerufen. Die hier zu besprechende Veröffentlichung ist eine der zahlreichen Untersuchungen, die unter dem Eindruck der Dezentralisation, d. h. der zwischen 1981 und 1986 durchgeführten Reform der Selbstverwaltung in den Gemeinden, Departements und Regionen entstanden ist. Es handelt sich im wesentlichen um die Veröffentlichung der Referate eines Seminars an der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales in Paris zum Thema »Anthropologie politique de la France« unter der Leitung von Marc Abélès. Weitere Referate des Seminars sind in »Les Temps Modernes« 41/1985 (Februar), Nr. 463 (Themenheft »La Décentralisation«) abgedruckt worden. Letztere sind politikwissenschaftliche und soziologische Analysen wichtiger Aspekte dieses umfassenden Dezentralisationsprogramms, soweit es in Ansätzen schon spürbaren Niederschlag in der Praxis gefunden hat. Die hier zu besprechenden Aufsätze dagegen beschäftigen sich stärker mit den gesellschaftspolitischen Voraussetzungen, auf die die Reform trifft, bzw. mit dem Wandel des Verhältnisses zwischen Staat und Lokalverwaltungsinstitutionen im Laufe der Geschichte. Wie immer man die Reform auch deuten und bewerten mag – ein Problem, das im Rahmen dieser Rezension nicht zur Debatte steht –, so lassen sich doch zwei für unseren Zusammenhang wichtige Beobachtungen treffen: die Dezentralisation wird von den politischen Akteuren und Betroffenen (hierzu gehören speziell die gewählten Vertreter in den Lokalverwaltungskörperschaften) in ihren Auswirkungen als sehr einschneidende Maßnahme empfunden. Für die Wissenschaft hat das die Konsequenz, daß der Staat angesichts seiner deutlich bekundeten Wandlungsfähigkeit neues Interesse erwecken und auf sich ziehen kann. Damit einher geht ein gesteigertes Interesse für das »Lokale«, insofern die Dezentralisation den Selbstverwaltungsinstitutionen Frankreichs eine bedeutendere Rolle verschafft hat. Die Folge ist auch hier eine Aufwertung und stärkere Berücksichtigung des Lokalen in der Forschung. Vor diesem Hintergrund legt Marc ABÉLÈS in der Einleitung den die Einzelbeiträge verbindenden Forschungsansatz dar: es geht um die Analyse von »espaces politiques«, in denen Dienststellen der Staatsverwaltung in der Ausführung ihrer Aufträge mit gewählten Vertretern der lokalen Gesellschaft in Interaktion treten. Besonderes Augenmerk wird darauf gerichtet, welches politische Gewicht jene Repräsentanten in die Waagschale werfen können, in welchen Strukturen sie sich konstituieren.

Entsprechend der Aufwertung des Lokalen können die Beiträge zum Sammelband auch nur Lokalstudien zum Gegenstand haben, die die konkreten Verhältnisse vor Ort minutiös ausleuchten. Der Blickpunkt des Betrachters ist in allen Beiträgen »unten« angesiedelt, an der Basis, eben im Lokalen vor Ort und nicht »oben«, im Zentrum staatlichen Geschehens. Die entsprechende Forschungsabsicht erläutert Jean-Pierre GAUDIN in seinem Beitrag über »Pouvoirs locaux et territoires. Une approche des espaces politiques«, der von einem Forschungsparadigma abrückt, das ausgesprochen oder unausgesprochen von einem »Zentrum« politischer Normenbildung und administrativer Impulse ausgeht, das per se modernisierend wirke, und in seiner sozialen und ökonomischen Wandel induzierenden Aktion in der »Peripherie« folgerichtig nur auf Widerstände und bremsende Beharrungskräfte stoße. Er kritisiert an diesen Konzeptionen, daß sie die gesellschaftspolitischen Verhältnisse nicht ausreichend in den Blick genommen haben, besonders in ihrer Dimension als kollektive Identitäten. Der Vf. plädiert dafür, diese in ihren wesentlichen und komplementären Komponenten zu untersuchen, nämlich ihr Gedächtnis – also die spezifische Verarbeitung von kollektiven Erfahrungen – und hinsichtlich der Ausprägung der gegenseitigen Verpflichtungen, die lokale Mandatsträger und die von ihnen Repräsentierten zu den verschiedenen Zeiten eingegangen sind.

Das Verhältnis zwischen Zentralgewalt und den Organen der Lokalverwaltung im Departement Nord während der aufsteigenden Phase der Französischen Revolution untersucht Patrick SCHULTZ, »La décentralisation dans le Nord: des Girondins aux Jacobins 1789–1793«. Die von der Konstituierenden Nationalversammlung im Dezember 1789 auf dem Gesetzeswege begründete Munizipal-, Distrikt- und Departementsordnung ist für den Vf. deswegen aktuell, weil den Institutionen der lokalen Selbstverwaltung eine weitgehende Autonomie in der Wahrnehmung ihrer Belange eingeräumt worden war. Er betrachtet diese neue Ordnung als die Krönung einer seit langem vorbereiteten Entwicklung aufgeklärter Reformbestrebungen, die im Spätabsolutismus nicht hatten zum Zuge kommen können, nun aber der konstitutionellen Monarchie den sie konsolidierenden Unterbau geben sollten. Obwohl vom Gesetzgeber als hierarchisches System konzipiert, in dem das Departement die Kontrolle und Aufsicht über die untergeordneten Ebenen der Lokalverwaltung haben sollte, tat sich bald nach Einrichtung 1790, spätestens seit der Radikalisierung der Revolution im August 1793 ein sozial bedingter, politischer Antagonismus zwischen den Munizipalitäten größerer Städte und den Organen des Departements auf: der eher »bürgerliche« Generalrat des Departements versuchte stets, einen gemäßigten Kurs zu steuern und pochte dabei auf das positive Recht, während die stark unter dem Einfluß der Clubs stehenden »demokratischeren« Munizipalitäten eine weitaus radikalere Politik durchsetzen konnten und sich dabei der Unterstützung der Zentrale, besonders also des Nationalkonvents und seiner Kommissare, zu versichern verstanden. Die politischen Gesellschaften und die Stadträte waren die Einbruchstellen, von denen aus die Pariser Zentralgewalt das Land wieder fest unter ihre Kontrolle brachte. In dem genannten Antagonismus sieht der Vf. ein »double système« (F. Furet) und eine »para-administration« (G. Sautel), welche – so möchte der Rezensent folgern – die neue Selbstverwaltungsordnung sich nicht hat einspielen lassen. Eine solche, die strukturellen Gegebenheiten und den revolutionären Prozeßcharakter gleichermaßen berücksichtigende Sicht bietet eine befriedigendere Erklärung für das Scheitern des Selbstverwaltungsexperiments als die gängige Meinung, wonach der Verzicht auf eine starke zentralstaatliche Präsenz durch die Abschaffung der Intendanten 1789 notwendigerweise die »Anarchie« vorprogrammiert hatte.

Noch weiter zurück in die Geschichte greift Jean-Paul BILLAUD in seinem Beitrag »L'Etat nécessaire? Aménagement et corporatisme dans le marais poitevin«, der den Ursachen des Wandels im Verhältnis zwischen Staat und Siedlungsgesellschaften des Poitou nachgeht. Die bis ins Hohe Mittelalter zurückgehende Entwässerung und Kultivierung der als »Golfe du Poitou« bekannten Sumpfgebiete an der Atlantikküste wurde von kapitalkräftigen Siedlungsgesellschaften getragen, die gleichzeitig in Eigenregie gegen entsprechende Beiträge die aufwendige Instandhaltung des dem Wasser abgerungenen Bodens durch Deiche, Kanäle, Schleusen usw. für die Siedler gewährleisteten. Jahrhundertlang waren diese von vermögenden Grundbesitzern beherrschten Selbstverwaltungskörperschaften privilegierte Partner des Staates gewesen, dessen Einmischungsversuche in die Gestaltung des Ökosystems sie konsequent abzuwehren imstande waren. Als im 19. Jh. mit der beschleunigten Zersplitterung des Grundbesitzes und der Vermehrung der Hofstellen die Eigner in vielen Fällen die Instandhaltungskosten ihrer Produktionsgrundlagen nicht mehr aufbringen konnten, war die Stunde des Staates gekommen, der in zunehmendem Maße für die schwindende Individualkapazität tätig werden mußte. Besonders die großangelegten Rekultivierungsprojekte nach dem II. Weltkrieg sind ohne die allein dem Staat zu Gebote stehenden Möglichkeiten nicht vorstellbar. Doch hat das Vordringen des Staates nicht allein unterschiedliche, um nicht zu sagen gegensätzliche Reaktionen in der lokalen Bevölkerung hervorgerufen; der Staat selbst ist in die gesellschaftlichen Gegensätze involviert. Denn während eine modernistisch eingestellte, Flurbereinigung und marktorientierte Produktionsweise bejahende Jungbauernschaft, die gleichzeitig bereit ist, neue Formen kommunaler Verwaltung zu experimentieren, im Bunde mit dem die Landgewinnungsprojekte forcierenden Landwirtschaftsministerium an Einfluß gewinnt, sammeln sich dagegen die konservativen, mehr an extensiver Nutzung orientierten Kräfte um das junge

Projekt des »Parc Naturel Régional«, das ein ausgewogenes Ökosystem erhalten will, und für das andere staatliche Stellen zuständig sind. Eine Fallstudie, die deutlich zeigt, daß sich der Staat »vor Ort« nicht unbedingt als homogener Block erweist.

Wie sehr gängige Urteile über die »Natur des Staates« zu revidieren sind, zeigt Gérard LENCLUD, »De bas en haut, de haut en bas: Le système des clans en Corse«. In der leidenschaftlich diskutierten Frage nach der gesellschaftlichen Funktion des korsischen Clanismus stehen sich im wesentlichen zwei Positionen gegenüber: Auf der einen Seite gilt der Clanismus als typische Erscheinung der politischen Kultur Korsikas, wobei seine parteipolitische Überformung als fremde Kolonisierung einer früher eigenständigen Institution verstanden wird. Auf der anderen Seite gilt der Clanismus als Fremdkörper in der korsischen Gesellschaft, der jahrhundertlang als Herrschaftsinstrument fremder Mächte benutzt wurde. Aufgrund eingehender Beschreibung des politischen Clanwesens und gestützt auf eine umfangreiche Forschungsliteratur, gelangt der Vf. zu dem Ergebnis, daß der Clanismus sowohl die spezifische, aus der korsischen Kultur erwachsene politische Organisationsweise der Sozialbeziehungen ist, als auch als Relais zentralstaatlicher Machtausübung auf der Insel funktioniert. Gegen eine dezidierte, nicht zuletzt von Regionalisten vertretene Meinung argumentiert Lenclud allerdings, daß der Staat zu keiner Zeit noch flächendeckend seine Herrschaft gleichmäßig und in letzter Konsequenz hatte zur Geltung bringen können. Vielmehr wird der mit den Clans eingegangene Kompromiß als sicheres Anzeichen dafür gewertet, daß der Staat autonome Formen der Herrschaftsausübung geduldet hat (oder hinnehmen mußte), und daß nicht immer die lokale Bevölkerung dabei der Verlierer war.

Yves POURCHER untersucht in seinem Beitrag »L'opposition de l'administration et du clergé: préfecture et évêché en Lozère au XIX<sup>e</sup> siècle«, wie im Konflikt zwischen Staat und Kirche am Ende des 19. Jh. in einem südfranzösischen Departement die politisch-weltanschaulichen Frontlinien sich bildeten und die gesellschaftlichen Lager sich formierten. Das staatliche Verwaltungspersonal war traditionell im Auftrage der Präfektur als Wahlagent für die »offiziellen Kandidaten« tätig gewesen; als aber zu Beginn der III. Republik antiklerikale Strömungen auf Laizisierung des Staates drängten, bildeten sich auf beiden Seiten spezifische »Parteien«. Untersucht werden die Fähigkeiten der laizistischen und klerikalen Vertreter, als Vermittler zwischen ihrem Wählervolk und der Staatsverwaltung wirksam zu werden. Obwohl der Gegensatz zwischen Staat und Kirche heute längst abgebaut worden ist, werden die Kandidaten für ein Wahlamt noch immer nach diesem weltanschaulich-politischen Schema eingeordnet, das die Entstehung des modernen Parteienwesens in der III. Republik geprägt hatte und so in den Vorstellungen der Menschen von Generation zu Generation weitergegeben wird.

Yves RINAUDO (»Un équilibre méditerranéen: le pouvoir local entre l'Etat et le territoire«) betrachtet die Lokalgewalten in ihrer Eigenschaft als »Zwischengewalten«, die sowohl Aufträge von oben empfangen als solche nach unten weitergeben; in der Art, wie sie diese Vermittlungsfunktionen ausüben, können sie Spielräume entwickeln und somit schöpferisch-gestaltend im Geltungsbereich ihres Territoriums wirken. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die »associations« – hier konkret: die Winzergenossenschaften im Departement Var zu Beginn des 20. Jh. Diese Kooperativen spielten eine Schlüsselrolle beim Zugang zu Wahlämtern und stellten gleichzeitig eine solide Basis für den Ausbau von politischem Einfluß dar. Der Vf. untersucht beispielhaft einige Fälle von politischen Karrieremustern, denen entsprechend es dem »leader local« gelingt, unter Kumulierung diverser Mandate auf den unterschiedlichen Repräsentationsebenen bis ins nationale Parlament, bisweilen sogar in die Regierung zu gelangen. Bei der Umsetzung staatlicher Entscheidungen sind zahlreiche Abweichungen von der Norm festzustellen, die bei der Anpassung an die lokalen Gegebenheiten sich vollziehende »assimilation« wird als »provençalisation« bezeichnet. Der Spielraum der Zwischengewalten verändert sich im Laufe der Zeit, er ist nicht konstant. Konflikte zwischen Zentral- und Lokalgewalten sind das sicherste Indiz für die Permanenz einer eigenständigen

territorialen Machtbasis und belegen letztlich, daß von monolithischer (Staats)Gewalt nicht gesprochen werden kann.

Patrick LE GUIRRIEC untersucht in »Communisme local, Résistance et PCF. Les trois éléments du pouvoir dans une commune bretonne« die seit der Libération ununterbrochen kommunistische Gemeinderegierung des Dorfes Scignac im Finistère, die ihre Legitimation aus der führenden Rolle in den Partisanenverbänden der Résistance gegen die deutsche Besetzung bezieht. Diese Gemeinderegierung wird gebildet aus einem lokalen Kommunismus und aus der KPF. Ersterer beruht und beruft sich auf Lokalgeschichte, will seine politische Zukunft sowie die Bündnisse, die er eingeht, selbst bestimmen; letztere bezieht ihre Ideologie von außerhalb der Gemeinde, will den lokalen Kommunismus auch parteipolitisch-organisatorisch nach außen öffnen um den Preis des Verlustes seines Ursprungs und seines Wesens. Das Ergebnis dieser divergierenden Orientierung ist ein Erosionsprozeß des Einflusses der KPF, den der Vf. auf das Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber der Politik des Staates zurückführt: die Wähler des bretonischen Dorfes haben die wachsende Integration der KPF in die nationalen Institutionen nicht honoriert.

Mit einer Kombination von Methoden ethnologisch orientierter Feldforschung und historisch-archivalischer Quellenforschung hat Marc ABÉLÈS in seinem Beitrag »Le degré zéro de la politique. Réseaux de pouvoir et espace intercommunal dans le canton de Quarré-les-Tombes (Morvan)« das politische Leben eines ländlichen Kantons vielseitig ausgeleuchtet. Entstehung, Ausformung und Ausweitung des politischen Netzwerkes werden vornehmlich durch Rekonstruktion der politischen Genealogien bestimmter führender Familien auf dem Lande eindrucksvoll beschrieben, die Befunde werden mit anderen Arbeiten, etwa denen von Laurent Lévy-Strauss über die Vererbung öffentlicher Ämter in Familien Burgunds, in Beziehung gesetzt. Heiratsstrategien und die Kombinierung bestimmter Erwerbstätigkeiten, wie Landwirtschaft und Wein- sowie Getreidehandel, begünstigen und garantieren den politischen Aufstieg. Während »die Gemeinde« im Bewußtsein ihrer Bewohner ein hohes Ansehen genießt, wird das Geflecht der Beziehungen und des Einflusses weiter geknüpft, mindestens das Gebiet des Kantons umfassend. Von der Zwerggemeinde auf die Ebene des Kantons verlagern sich auch in zunehmendem Maße wichtige Bereiche kommunaler Selbstverwaltung, die von einem entsprechenden Zweckverband wahrgenommen werden. Diese von den einzelnen Munizipalitäten im Kanton delegierten Spezialverwaltungen bilden den eigentlich kompetenten Partner für die staatlichen Dienststellen im Lande. Angesichts der immer wieder erwiesenen politischen Unmöglichkeit, die Myriade von Zwerggemeinden durch Zusammenlegung zu größeren leistungsfähigen Gebilden neu zu ordnen, ist die Bildung spezialisierter überkommunaler Zweckverbände das Äußerste, was der Gesetzgeber den auf ihre Integrität bedachten Munizipalitäten abringen konnte. Es ist nicht das geringste Verdienst dieses vielschichtigen Aufsatzes, konkret gezeigt zu haben, wie sich Gemeindepolitik im Spannungsfeld zwischen dem Festhalten am Althergebrachten und den Verlockungen, aber auch Herausforderungen der Modernität entwickelte. Die Frage, die sich dem Vf. abschließend stellt, lautet, ob die jüngsten Dezentralisationsreformen des französischen Staates die vielerorts bereits in Gang gesetzten neuen überkommunalen Kooperationsformen womöglich so sehr begünstigen, daß sie de facto zur politischen Neugliederung der Gemeinden führen werden.

Etwas aus dem Rahmen der Thematik des Bandes fallen zwei nichtsdestoweniger sehr lesenswerte Aufsätze: Der Beitrag von Olivier PIRON, »Décision et monde rural. Sur l'espace et sa gestion« berichtet aus der Erfahrung des Staatsbeamten, wie im Dialog mit den Betroffenen vor Ort administrative Entscheidungsprozesse sich vollziehen; Franco RIZZI, »Pourquoi obéir à l'Etat? Une communauté rurale du Latium au XVIII<sup>e</sup> siècle« zeigt, in welchem Verhältnis eine italienische Landgemeinde zur Verwaltung des Vatikanstaats stand. Nicht nur der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß dem Band einige sehr ausführliche Besprechungen von jüngsten Veröffentlichungen zum Thema beigegeben worden sind.

Insgesamt bietet der Band ein eindrucksvolles Beispiel interdisziplinärer Bearbeitung eines komplexen Gegenstandes auf anspruchsvollem Niveau. Er zeigt, wie geradezu selbstverständlich die französischen Sozialwissenschaften historisch zu »räsonnieren« verstehen, so daß sich der Leser immer wieder bewußt wird, wie sehr akademische Fachdisziplinen ihrerseits Produkte kulturell vermittelter Bildungsstrukturen sind. Was durchweg sämtliche Beiträge des Bandes auszeichnet, ist der wohltuende Verzicht auf plakative ideologische Setzungen und Gewißheiten, die gerade beim Thema »Staat« rasch bei der Hand sind. Indem konkrete gesellschaftspolitische Verhältnisse »vor Ort« in den Mittelpunkt der Beiträge rücken, wird eine Fülle von Einsichten in die Möglichkeiten, aber auch deutlichen Grenzen der Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit des Staates ausgebreitet.

Rainer RIEMENSCHNEIDER, Braunschweig

Eberhard KOLB, Elisabeth MÜLLER-LUCKNER (Hg.), Europa vor dem Krieg von 1870. Mächtekonstellation – Konfliktfelder – Kriegsausbruch, München (R. Oldenbourg Verlag) 1987, VI–216 p. (Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien, 10).

The theme of this anthology, as its editor concedes, is no scholarly novelty and is indeed one that has been pushed off to the periphery of historical interest and research. Nonetheless, the participants at a 1985 colloquium in Munich gamely attempted to reexamine the diplomatic imbroglio of European states in the 1860s and to revive the venerable debate over the outbreak of the Franco-Prussian war. Such an undertaking was altogether legitimate in the name of pluralism, Eberhard KOLB explains, because the current fashions of social history should not entirely displace our concern with traditional methods and topics.

In his brief preface KOLB also notes that this volume is not intended merely as another discussion on the origins of the war. A teleological perspective, he insists, becomes unduly reductionist by ignoring the fluidity and unpredictability of a decade when armed conflict was not a foregone conclusion. Yet after all a war was the outcome of it, and that intractable fact manifestly dominates the discussion. Try as he might to have it otherwise, therefore, KOLB ends by presenting a symposium that seems – depending on one's disposition – refreshingly or distressingly old-fashioned.

Several of the individual essays deserve special mention: 1) the late Heinrich LUTZ's frank appraisal of Austria-Hungary's fall to the second rank of European powers; 2) an extended analysis by Wilfried RADEWAHN of French foreign policy, in which he blames the 1870 crisis largely on Bonapartism's political weakness, diplomatic miscalculation, and military overconfidence; 3) Hans-Otto KLEINMANN's attempt to uncover the often neglected Spanish background of the war; 4) the only French contribution by Jean STENGERS, who analyses comparatively the role of public opinion in 1870 and 1914, concluding that in both instances it was neither negligible nor finally determinant; and 5) Lothar GALL's elegantly cryptic comments on Bismarck's motives and maneuvers after 1866. Of these, the only one to strike a spark is the last. GALL calls into question an article published in 1971 in the *Historische Zeitschrift* by Josef Becker, who contended that the failure and potential collapse of Bismarck's efforts to consolidate the victory of 1866 led him to provoke a conflict with France. Leaning back comfortably on his magistral biography of Bismarck, GALL demurs. In his opinion, Bismarck regarded Prussian aegis of the North German Confederation as a permanent gain, not simply as a provisional stage in the process of German unification. Nor was Bismarck closely allied with and beholden to the National Liberals. Annexation of the southern German states was therefore a desirable but not essential element of Bismarckian policy. If so, GALL affirms, the contention that armed hostilities resulted from a sense of urgency in Berlin is not compelling. Unfortunately, although he is listed among those present